

**POSTULAT** von Hans-Jacob Heitz (FDP, Winterthur), Lucius Dürri (CVP, Zürich) und Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil)

betreffend Weichenstellung in der Bildungspolitik durch Schaffung bildungs- und finanzpolitischer Schwergewichte

---

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen mit dem Ziel, Wege, Mittel und finanzielle Konsequenzen aufzuzeigen, wie die Berufsbildung gestärkt und der unaufhaltsame Drang an Mittel- und Hochschulen gebremst werden kann.

Hans-Jacob Heitz

Lucius Dürri

Bruno Zuppiger

Begründung:

1. Die finanzielle Situation des Kantons Zürich ist kritischer denn je. Die Bildung beansprucht an den Staatsausgaben mit mehr als 1/4 den grössten Anteil, wobei sich der Aufwand für die Berufsbildung mit ca. 1/7 an den Bildungsausgaben gemessen an deren Bedeutung für unsere Volkswirtschaft bescheiden ausnimmt. So wie es dringend gilt, die Staatsaufgaben zu wägen und zukunftsorientiert zu definieren, sind auch bildungspolitisch Prioritäten zu setzen.
2. Die Festigung der Berufslehre, die Umsetzung der Berufsmatura sowie die in der Berufsbildung geschaffene Durchlässigkeit der Bildungsgänge sind nur dann von Erfolg gekrönt, wenn die Berufsbildung durch flankierende Massnahmen, wie Öffentlichkeitsarbeit (Aufklärung, Information und Motivation von Eltern und Schülern), Intensivierung praxisorientierter Lehrerweiterbildung, Schaffung neuer Lehrmittel mit Bereitstellung moderner technischer Ausbildungshilfen (durch günstigeren dezentralen Einkauf) finanziell gestärkt wird.

BMS bzw. Berufsmatura sollen die Grundlage für den Zutritt zu Fachhochschulen bzw. Hochschulen bilden, welcher bildungspolitischer Anspruch zwingend nach hoher Ausbildungsqualität bereits auf der unteren Bildungsstufe ruft.

3. Bekanntlich mangelt es unserer Volkswirtschaft wegen einer teilweise fehl geleiteten Bildungspolitik trotz Arbeitslosigkeit immer mehr an gut qualifizierten Fachkräften und mittleren Kadern. Gewisse Branchen befürchten bereits unüberbrückbare personelle Engpässe, was zu weiterem Abbau / Verlagerung von Arbeitsplätzen führt. Es ist gesetzlicher Auftrag der Berufsbildung genügend gut qualifizierte Fachkräfte und praxisorientierte Kader auszubilden, um die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb ständig sichern zu können, was wiederum der gesamten Volkswirtschaft zum Wohle gereicht. Dies bedingt bei der Berufsbildung indes statt Abstrichen der Aufstockung finanzieller Mittel. Da dies mit dem Spargebot vereinbar sein muss, sind folgerichtig in der gesamten Bildung in Kohärenz von Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik Prioritäten zu setzen. Der ungebrochene Drang an Mittel- und Hochschulen ist unerwünscht, bewirkt derselbe doch ein Ueberangebot an akademisch ausgebildeten Personen und ist dem Bildungsniveau dieser Bildungsstufen abträglich. Die Mittelkonzentration in der Bildungspolitik mit qualitativer Umgewichtung der Finanzen zugunsten der Berufsbildung tut sowohl bildungs- als auch wirtschaftspolitisch dringend Not. Bei dieser Gelegenheit können auch die bestehenden Benachteiligungen der Berufsschullehrerschaft behoben werden, denn gut motivierte Lehrer leisten mehr und qualitativ bessere Arbeit.

Eine attraktive Berufsbildung mit Berufslehre, Berufsmatura und durchlässigen Ausbildungsgängen bis hin zu den Hochschulen sind das beste Rezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ganz allgemein, sowie der Jugendarbeitslosigkeit im besonderen. Dies wiederum entlastet den Staatshaushalt bei den Sozialausgaben.

Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Voranschlag 1995 dem Regierungsrat zum Bericht und Antrag überwiesen.